



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2021

Aus der Region und auf die Region: Forum Medienkonzentration in der Schweiz

Vogler, Daniel ; Eisenegger, Mark

Abstract: Medien, die aus den Regionen auf die Schweiz blicken, sind für das politische System der Schweiz zentral. Die zunehmende Medienkonzentration gefährdet diese Medienleistung.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-205441>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Vogler, Daniel; Eisenegger, Mark. Aus der Region und auf die Region: Forum Medienkonzentration in der Schweiz. In: Schaffhauser Nachrichten, 1 April 2021, 3.

Forum Medienkonzentration in der Schweiz

Aus der Region und auf die Region

Medien, die aus den Regionen auf die Schweiz blicken, sind für das politische System der Schweiz zentral. Die zunehmende Medienkonzentration gefährdet diese Medienleistung.

Von Dr. Daniel Vogler und Prof. Dr. Mark Eisenegger*

Die Coronapandemie hat deutlich vor Augen geführt, dass die Schweiz föderalistisch organisiert ist. Ob Impfungen, Schutzmassnahmen oder die Spitäler: Die Kantone spielen bei der Umsetzung der Massnahmen gegen die Pandemie eine tragende Rolle. Entsprechend wichtig ist, dass die regionale Perspektive auch in Medien ausreichende Berücksichtigung findet. Die Umsetzung kantonaler Massnahmen soll einerseits kritisch diskutiert und hinterfragt werden. Andererseits müssen Massnahmen auch erklärt und eingeordnet werden, insbesondere dann, wenn es kantonale Unterschiede gibt.

Solche Medienleistungen an der Schnittstelle zwischen regionalen und nationalen Themen sind durch die zunehmende Medienkonzentration gefährdet. Wenige Medienhäuser mit Hauptsitz in Zürich oder Aarau besitzen mittlerweile einen grossen Teil der Medien von kantonaler Bedeutung. Zusätzlich werden die verschiedenen Zeitungen und Onlinemedien von Zentralredaktionen mit identischen Inhalten beliefert. Folge daraus ist eine sinkende Vielfalt der Themen und Perspektiven im schweizerischen Medienmarkt.

Vielen Leserinnen und Lesern bleibt die wachsende Medienkonzentration verborgen. Denn die Medientitel werden als eigenständige Einheiten weiterbetrieben, obwohl ihre Inhalte zunehmend ähnlicher werden. Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich hat für das Medienqualitätsrating MQR-20 diese Entwicklung untersucht. Die Studie zeigt, dass im Pressemarkt jeder fünfte Beitrag (21 Prozent) geteilt wird, also in mindestens zwei verschiedenen Zeitungen erscheint. In der Berichterstattung zu nationaler Politik sind es sogar 41 Prozent der Beiträge. Beides mit steigender Tendenz.

Für die einzelne Leserin, den einzelnen Leser mag dieser Vielfaltsverlust nicht sofort sichtbar werden. Kaum jemand liest mehr als einen Medientitel eines Verbundsystems. Womöglich erhält er oder sie durch die Bündelung von journalistischen



Ressourcen sogar ein qualitativ hochwertigeres Medienprodukt. Über Verbundsysteme können zudem auch regionale Medien erhalten werden, die aus ökonomischen Gründen nicht eigenständig überleben würden.

Gerade der Verlust an Vielfalt in der nationalen Politikberichterstattung ist aber bedenklich. In Verbundsystemen werden Medien zusammengefasst, die traditionell die Brücke zwischen regionalen und nationalen Themen schlagen. Diese Medien blicken auf die Schweiz und lassen dabei regionale Themen und Eigenheiten in ihre Berichterstattung miteinfließen. Im demokratischen System der Schweiz ist es unverzichtbar, dass regionale Perspektiven auf das nationale Politikgeschehen einfließen. Zum Beispiel im Vorfeld von nationalen Abstimmungen, bei denen Regionen

«Gerade der Verlust an Vielfalt in der nationalen Politikberichterstattung ist bedenklich.»

unter Umständen unterschiedlich stark von den Auswirkungen der Entscheide betroffen sind.

Auch während der Pandemie bleiben Medien, die mit einem klaren regionalen publizistischen Profil auf die Schweiz blicken, wichtig. Einerseits für die Vermittlung der nationalen Politik an das regionale Publikum. Andererseits, um regionale Perspektiven und Bedürfnisse in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen. Davon profitieren die Leserinnen und Leser, aber letztendlich auch die Gesellschaft als Ganzes. Dies bildet die unverzichtbare Voraussetzung für eine föderalistische Gesellschaft, bei der die Regionen voneinander lernen.

* Daniel Vogler ist Forschungsleiter des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög), Mark Eisenegger ist Direktor des fög

Leserbriefe

Duraduct: Gut, können wir abstimmen

Ich finde es gut, dass wir schon über einen bescheidenen Planungskredit für die geplante Duraduct-Brücke über das Mühltal abstimmen können und nicht erst später über einen grossen Baukredit. So stehen nämlich mehr die städtebaulichen Argumente im Vordergrund und weniger das liebe Geld. Dass der Duraduct eine Fussgänger-Brücke und eine Velofahrerinnen-Brücke sein soll, wurde zur Genüge schon beschrieben und gelobt. Aber er könnte, nein müsste noch mehr sein – eine Wärmebrücke. Davon war vor vielleicht zehn Jahren, als die Idee «Duraduct» erstmals so richtig politikfähig wurde, oft die Rede. Die Idee geht so: Im Mühltal wird eine moderne Heizzentrale gebaut, und zwar ziemlich genau dort, wo es zu GF-Zeiten schon eine gab. Verheizt wird Abfallholz aus den Schaffhauser Wäldern, entweder in Form von Schnitzeln oder von Pellets. Material dafür gibt es mehr als genug. Die Wärme wird über Leitungen in den beiden Brückenpfeilern in die Quartiere Geissberg und Breite geleitet. Hier hat es mehrere potenzielle Grossabnehmer: Klink Breitenau, Kantonsspital, Cilag AG, dazu reichlich Wohnraum, der beheizt werden muss. Ein Wärmeverbund dieser Art wäre nicht nur aus ökologischer und klimaschützerischer Sicht ein grosser Vorteil, weil sehr viel Heizöl ersetzt

werden könnte durch klimaneutrale Energie, er wäre auch ein potenter Kosten-Mitträger für die Verkehrsbrücke.

Hans-Jürg Fehr
Schaffhausen

Autolärm hat zugenommen

Zu «Petition: Pro Velo fordert mehr Tempo-30-Zonen auf Hauptstrassen», SN vom 17. März

Herr Berner, Präsident des ACS, meint: «Der Strassenlärm wird in Zukunft eher zurückgehen, dafür sorgt die technische Entwicklung der Motorfahrzeuge, welche immer leiser werden.» Herr Berner hat nur recht, falls Tempo 30 eingeführt wird, denn ab 25 km/h übertönt das Rollgeräusch von Personautos das Motorgeräusch. Messungen, die im Auftrag des BAFU durchgeführt wurden, zeigen, dass die Schwingungen der Pneus ab einer Geschwindigkeit von 25 km/h bei Personenwagen die Hauptquelle des Verkehrslärms sind. Weil die Fahrzeuge in den letzten Jahren tendenziell schwerer und die Pneus breiter wurden, hat dieser Lärm massiv zugenommen. Ausserhalb von Tempo-30-Zonen werden also auch Elektrofahrzeuge nicht zur Lärmreduktion beitragen.

Urs Willmann
Schaffhausen

Groteske Debatte zur Krippen-Vorlage

Zu «Mehrheit will Kita in Altstadt behalten», SN vom 24. März

An der Grossstadtratssitzung vom 23. März wurde einem wieder klar vor Augen geführt, wie weltfremd die Linken in ihrer postkommunistischen Spiessigkeit und die Grünen zusammen mit kaum unterscheidbaren Grünliberalen in ihrem moralisierenden Gutmenschentum argumentieren. An der Kinderkrippen-Vorlage liessen sie kein gutes Haar. Kein einziges Votum der Damen und Herren zeigte auf, wie wir den Wirtschaftsstandort Schaffhausen weiterentwickeln können.

Es fehlten die konkreten Schritte, um die Investitionen zu erhöhen, den Standort Schaffhausen und das neue Quartier Giessereianlage attraktiver zu gestalten. Es ging ihnen nur um klassische Klientenpolitik. Die Stahlgiesserei passt den Linken nicht, weil mit den modernen Wohnungen die gut gebildete, fortschrittlich orientierte Mittelschicht angesprochen wird. Das ist nicht gerade die Wählerschaft der alternativen Linken. Und die Stahlgiesserei passt den Linken nicht, weil sie auf privatem Unternehmertum basiert. In den Augen der links-grünen Mehrheit ist privates Unternehmertum des Teufels! Der Linke Slogan lautet: Statt Eigen-

verantwortung soll es immer der Staat richten. Unverständlich und unverantwortlich war das grosse Schweigen im Rat zur Vorlage des Stadtpräsidenten P. Neukomm. Statt seine Mitglieder der SP-Fraktion im Interesse der Stadt auf die Schiene der Vernunft zu bringen, sass er einfach still und uninteressiert da und überliess den zwei bürgerlichen Stadträten D. Preisig und R. Rohner die Verteidigung der Vorlage. Ein Stadtpräsident ist doch nicht nur gewählt, um die ideologischen Ansichten seiner Partei zu vertreten, sondern er sollte im Gesamtinteresse der Stadt unparteiisch handeln. Von dem war in der Ratssitzung nichts zu spüren. Es ist nun an den bürgerlichen Stadträten, ein neues Konzept auszuarbeiten, zum Wohl des Kindes und nicht zur Selbstverwirklichung von politischen Spiessbürgern und Gutmenschen.

Walter Hotz
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Kommentar

Immer her mit den kritischen Fragen!

Pentti Aellig und Daniel Preisig sind in der SVP, sie sind Banknachbarn im Kantonsrat und zudem Exekutivpolitiker in ihrer jeweiligen Wohngemeinde. Ausserdem sind beide beim Versuch gescheitert, für den Regierungsrat nominiert zu werden. Damit hat es sich aber auch fast schon wieder mit den Gemeinsamkeiten. Vor allem in Fragen des öffentlichen Verkehrs sind sie sich uneins. Der Konflikt findet nicht hinter verschloss-



«Wie gut sind Elektrobusse wirklich im Überlandverkehr?»

senen Türen statt. Aellig ist einer von drei Unterzeichnern einer Kleinen Anfrage im Kantonsrat, welche in 18 Punkten das heutige Bussystem technisch, finanziell und organisatorisch kritisiert. Offiziell richtet sich die Anfrage an den Regierungsrat, Preisig ist als Schaffhauser Stadtrat und Busverantwortlicher aber mitgemeint und macht keinen Hehl daraus, dass er über die Anfrage nicht besonders erfreut ist. Dabei stellt der Vorstoss schon berechnete Fragen. Warum wird das Busangebot nicht ausgeschrieben? Wie gut sind E-Busse tatsächlich für den Überlandverkehr geeignet? Wie genau werden die Kosten geteilt? Das muss die Kantonsregierung beantworten können und Preisig als Buschef indirekt auch. Die Alternative wäre, dass Politiker sich mit kritischen Fragen zurückhielten, nur weil eigene Leute tangiert sein könnten. Oder solche Fragen gar nicht mehr öffentlich diskutiert würden. Das täte weder der grössten Partei des Kantons gut noch der kantonalen Demokratie. Deshalb: Immer her mit den kritischen Fragen!

Pressestimmen

Zum Floyd-Prozess

The Washington Post

Die Tötung von Floyd am 25. Mai vergangenen Jahres war eines jener seltenen Ereignisse, die die Geschichte in vorher und nachher teilen. Das Video von seinen letzten Momenten war nicht das erste, das die schockierende und ungerechtfertigte Behandlung eines Afroamerikaners durch die Polizei festhielt. Aber es war dasjenige, das das Denken der amerikanischen Gesellschaft über Rasse und Gerechtigkeit durcheinander wirbelte. Millionen von Menschen im ganzen Land und auf der ganzen Welt strömten auf die Strasse. (Washington Post)

LA VANGUARDIA

Die Erwartungen an das Gericht sind enorm. Die Jury wurde sorgfältig ausgewählt, das Gerichtsgebäude gleicht einer Festung, und die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft. Es geht in Minneapolis nicht nur um die Umstände, die zum Tod von George Floyd geführt haben: Vielmehr wird das Urteil zeigen, ob die USA bereit sind, Polizeigewalt gegen Schwarze zu bekämpfen oder nicht. (La Vanguardia, Barcelona)